

BUNDESGESETZBLATT

FÜR DIE REPUBLIK ÖSTERREICH

Jahrgang 1992

Ausgegeben am 20. Februar 1992

36. Stück

96. Verordnung: Änderung der Rezeptpflichtverordnung
 97. Verordnung: Verbot bestimmter gefährlicher Stoffe in Pflanzenschutzmitteln
 98. Verordnung: Studienversuche Klavierkammermusik (Kurzstudium) und Klavier-Vokalbegleitung (Kurzstudium)
 99. Kundmachung: Aufhebung einer Wortfolge in § 22 Abs. 1 Z 1 lit. c des Einkommensteuergesetzes 1972 und einer Wortfolge in § 22 Z 1 lit. c des Einkommensteuergesetzes 1988 durch den Verfassungsgerichtshof

96. Verordnung des Bundesministers für Gesundheit, Sport und Konsumentenschutz, mit der die Rezeptpflichtverordnung geändert wird

Auf Grund des § 2 Abs. 1 des Rezeptpflichtgesetzes, BGBl. Nr. 413/1972, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 363/1990, wird verordnet:

Die Rezeptpflichtverordnung, BGBl. Nr. 475/1973, zuletzt geändert durch die Verordnung BGBl. Nr. 54/1991, wird wie folgt geändert:

1. Die Liste der Anlage wird wie folgt ergänzt:

- (±)-N,N'-Bis(2,3-dihydroxypropyl)-5-[N-(2-hydroxy-3-methoxypropyl)acetamido]-2,4,6-triiodisophthalamid
- (-)-5-[3-(tert-Butylamino)-2-hydroxypropoxy]-3,4-dihydro-1(2H)-naphthalinon und seine Salze
- 2-[(8-Chlordibenzo[b,f]thiepin-10-yl)oxy]-N,N-dimethylethylamin NR
- 6-(5-Chlor-2-pyridyl)-6,7-dihydro-7-oxo-5H-pyrrolo[3,4-b]pyrazin-5-yl-4-methyl-1-piperazincarboxylat NR
- (RS)-1-[4-[2-(Cyclopropylmethoxy)ethyl]phenoxy]-3-isopropylamino-2-propanol und seine Salze
- 1,1'-Decamethylenbis[1,4-dihydro-4-(octylimino)pyridin] und seine Salze
- 2-[4-(2,2-Dichlorcyclopropyl)phenoxy]-2-methylpropionsäure und ihre Salze
- Diethyl 4-[(E)-2-(tert-butyloxycarbonyl)vinyl]phenyl]-1,4-dihydro-2,6-dimethyl-3,5-pyridindicarboxylat
- (±)-cis-2,6-Dimethyl-4-[2-methyl-3-(p-tertpentylphenyl)propyl] morpholin und seine

Salze

Fibrinogen

(RS)-1-(4-Indenyloxy)-3-isopropylamino-2-propanol und seine Salze

(+)-(S)-2-(4-Isobutylphenyl)propionsäure und ihre Salze

(RS)-5-Isopropyl-3-methyl-2-cyan-1,4-dihydro-6-methyl-4-(3-nitrophenyl)-3,5-pyridindicarboxylat

1-Methyl-N-(endo-9-methyl-9-azabicyclo[3.3.1]non-3-yl)-1H-indazol-3-carboxamid und seine Salze

(±)-[(2-Oxo-3-thiolanylcarbonyl)methylthio]essigsäure und ihre Salze

Plasminogen-Aktivator

NR

2. In der Liste der Anlage werden nachstehende Änderungen vorgenommen:

a) „Allergenextrakte“ lautet „Allergenzubereitungen“

b) bei „Biguanide und ihre Salze“ wird zusätzlich aufgenommen:

„Polihexanid als Kontaktlinsenpflegemittel rezeptfrei“

c) „Borsäure R42, W5“ entfällt.

d) „2,2'-Methylen-bis-(3,4,6-trichlorphenol) R50“ entfällt.

e) bei „Halogenierte Kohlenwasserstoffe“ entfällt:

„Chloroform R44“

f) „Phenacetin NR“ entfällt.

3. Im Anhang I zur Anlage („Ausnahmen“) entfallen:

a) „R42 ausgenommen für äußerliche Anwendung bis 10% und ausgenommen Solutio acid boric. 3% für die Anwendung am Auge“.

- b) „R44 ausgenommen für äußerliche Anwendung bis 50%“.
- c) „R50 ausgenommen für äußerliche Anwendung bis 0,5% und ausgenommen für die Anwendung im äußeren Analbereich bis 0,5%“.
4. Im Anhang II zur Anlage („Warnhinweise“) entfällt:
 „W5 Darf nicht auf größere Wundflächen und nicht bei Kindern unter zwei Jahren angewendet werden.“

Ettl

97. Verordnung des Bundesministers für Umwelt, Jugend und Familie über ein Verbot bestimmter gefährlicher Stoffe in Pflanzenschutzmitteln

Auf Grund des § 14 Abs. 1 des Chemikaliengesetzes, BGBl. Nr. 326/1987, in der Fassung der Bundesgesetze BGBl. Nr. 300/1989 und BGBl. Nr. 325/1990 wird im Einvernehmen mit dem Bundesminister für Gesundheit, Sport und Konsumentenschutz, dem Bundesminister für wirtschaftliche Angelegenheiten und dem Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft verordnet:

§ 1. (1) Pflanzenschutzmittel im Sinne dieser Verordnung sind Stoffe und Zubereitungen, die dazu bestimmt sind,

1. Pflanzen oder Pflanzenerzeugnisse (Abs. 2) vor Schadorganismen (Abs. 3) zu schützen,
2. Flächen oder Gewässer von Pflanzenwuchs freizumachen oder freizuhalten (Totalherbizide),
3. den Pflanzenwuchs in Gewässern zu regulieren,
4. das Wachstum von zu schützenden Pflanzen oder zu schützenden Pflanzenerzeugnissen zu regulieren, ohne ihrer Ernährung zu dienen (Wachstumsregulatoren),
5. anderen Pflanzenschutzmitteln zugesetzt zu werden, um ihre Eigenschaften oder Wirkungen zu verändern (Pflanzenschutzmittelhilfsstoffe).

(2) Zu schützende Pflanzen sind landwirtschaftlich, gärtnerisch oder forstlich nutzbare Pflanzen und Kulturpflanzungen.

(3) Zu schützende Pflanzenerzeugnisse sind

1. Teile zu schützender Pflanzen, einschließlich Früchte und Samen, soweit sie nicht oder nur durch einfache Verfahren, wie Trocknen oder Zerkleinern, be- oder verarbeitet worden sind, ausgenommen abgeschnittene Zierpflanzen,

2. Kulturpilze und
3. Rundholz und Holz, das ganz oder teilweise die natürliche Rundung seiner Mantelfläche behalten hat, mit oder ohne Rinde, sowie zerkleinertes berindetes Holz und Rinde.

(4) Schadorganismen sind Tiere, Pflanzen sowie Mikroorganismen in allen Entwicklungsstadien, einschließlich Viren und ähnlicher Krankheitserreger, die zu schützende Pflanzen oder zu schützende Pflanzenerzeugnisse schädigen können.

§ 2. (1) Stoffe und Zubereitungen mit Stoffen, die in der Anlage 1 genannt sind, dürfen als Pflanzenschutzmittel nicht verwendet werden. /

(2) Pflanzenschutzmittel, die aus einem in Anlage 1 genannten Stoff bestehen oder einen solchen Stoff enthalten, dürfen weder hergestellt noch in Verkehr gesetzt werden.

(3) Vom Verbot des Abs. 2 ausgenommen ist die Ausfuhr in die in der Staatenverordnung, BGBl. Nr. 5/1989, genannten Staaten, sofern Bestimmungen des jeweiligen Einfuhrstaates nicht entgegenstehen. Die Mitteilungspflicht des § 16 Abs. 4 ChemG bleibt unberührt.

§ 3. (1) Stoffe und Zubereitungen mit Stoffen, die in der Anlage 2 genannt sind, dürfen als Pflanzenschutzmittel für andere als die in dieser Anlage jeweils angegebenen Zwecke nicht verwendet werden. /

(2) In der Kennzeichnung von Pflanzenschutzmitteln, die aus einem in Anlage 2 genannten Stoff bestehen oder einen solchen Stoff enthalten, ist auf die zulässigen Verwendungszwecke und auf das Verbot sonstiger Verwendung hinzuweisen. Dieser Kennzeichnungspflicht haben Hersteller und Importeure solcher Pflanzenschutzmittel ab 1. Mai 1992, alle sonstigen Inverkehrsetzer ab 1. August 1992 nachzukommen.

§ 4. (1) Atrazin und Zubereitungen, die Atrazin enthalten, dürfen nicht für die in § 1 Abs. 1 Z 2 und 3 angegebenen Zwecke verwendet werden. Für andere Zwecke dürfen sie bis 31. Dezember 1993 nur bis zu einer jährlichen Menge von 0,5 kg Atrazin pro Hektar verwendet werden.

(2) Ab 1. Jänner 1994 dürfen Atrazin und Zubereitungen, die Atrazin enthalten, nicht hergestellt, in Verkehr gesetzt oder verwendet werden. § 2 Abs. 3 ist anzuwenden.

(3) In der Kennzeichnung von Atrazin und von Zubereitungen, die Atrazin enthalten, ist auf das Verbot der Verwendung als Totalherbizid und auf die Beschränkung des Abs. 1 zweiter Satz hinzuweisen. Dieser Kennzeichnungspflicht haben Hersteller und Importeure von Atrazin ab 1. Mai 1992, alle sonstigen Inverkehrsetzer ab 1. August 1992 nachzukommen.

Übergangsbestimmung

§ 5. Die in Anlage 1 besonders bezeichneten Stoffe dürfen noch bis 31. Juli 1992 hergestellt und in Verkehr gesetzt und noch bis 31. Dezember 1992 verwendet werden.

Feldgrill-Zankel

Anlage 1
(zu § 2 Abs. 1)

Acrylnitril
Alachlor *)
Aldrin
Allylthiocyanat
Aramit
Arsenverbindungen
Azobenzol
Azocyclotin *)
Bariumverbindungen
Benzochinolin
Binapacryl *)
Bleiverbindungen
Cadmiumverbindungen
Camphechlor (Toxaphen)
Captafol
Carbaryl *)
Chloranil
Chlorbicyclen
Chlorbromoxychinolin
Chlordan
Chlordimeform
Chloroform
Chlorparaffin
Chlorpikrin
Crimidin
Cyhexatin
Dalapon
DDE und seine Isomeren
DDT und seine Isomeren
Dibromchlorpropan
1,2-Dibromethan
Dichloran
Dichlordinitrocarbazol
1,2-Dichlorethan
1,2-Dichlorpropan
1,3-Dichlorpropan
Dieldrin
Dienochlor *)
Dimetan

Dinoseb einschließlich seiner Salze und Ester
Dinoterb einschließlich seiner Salze und Ester

Endrin
Ethylenchlorhydrin
Ethyldibromid
Ethylenoxid

Fluoressigsäure und Derivate

HCH (Hexachlorcyclohexan), ausgenommen
γ-HCH (Lindan) mit mindestens 99,5% Reinheitsgrad

Heptachlor
Hexachlorbenzol
Hexachlorbutadien
Heptachlorepoxyd
Hexafluorkieselsäure und ihre Salze

Isobenzan
Isodrin

Kelevan
Kepone (Chlordecone)

Leptophos

Maleinsäurehydrazid
Morfamquat

Natriumfluorid
Nitralin
Nitrofen
Nitrapyrin

Paraquat *)
Pentachlorphenol und seine Salze
Pentachlorphenoxyessigsäure und ihre Verbindungen
Phosphor
Polychlorterpene

Quecksilberverbindungen *)
Quintozen

Rhodandinitrobenzol

Schwefelkohlenstoff
Selenverbindungen

2,4,5-T und ihre Verbindungen
TDE und seine Isomeren

Tecnazen

TEPP

Tetrachlorkohlenstoff
Tetrachlorphenol und seine Salze

Tetranitrocarbazol
Thalliumverbindungen

Thanite

Trichlorazetat
Trichlordinitrobenzol

Trichlorethylen
Trichlortrinitrobenzol

*) Herstellung und Inverkehrsetzen noch zulässig bis 31. Juli 1992, Verwendung noch zulässig bis 31. Dezember 1992.

Stoffe:	Verwendung nur zulässig für:
Amitrol	Obst- und Weinbau in feuchten Lagen
Daminozid	Zierpflanzenbau
γ -HCH (Lindan) mit mindestens 99,5% Reinheit	gewerbliche Saatgutbehandlung im Ackerbau
8-Hydroxychinolin und seine Salze	Rebveredelung im Weinbau

98. Verordnung des Bundesministers für Wissenschaft und Forschung über die Studienversuche Klavierkammermusik (Kurzstudium) und Klavier-Vokalbegleitung (Kurzstudium)

Auf Grund des § 16 Abs. 5 des Kunsthochschul-Studiengesetzes, BGBl. Nr. 187/1983, wird verordnet:

Einrichtung

§ 1. Die Kurzstudien Klavierkammermusik und Klavier-Vokalbegleitung sind als Studienversuche an der Hochschule für Musik und darstellende Kunst in Wien und an der Hochschule für Musik und darstellende Kunst in Graz einzurichten. Die Studienversuche beginnen mit dem auf die Kundmachung der Studienpläne folgenden Wintersemester und enden mit Ablauf der im § 2 angeführten Studiendauer.

Studiendauer

§ 2. Die Studiendauer beträgt sechs Semester. Das Studium ist nicht in Studienabschnitte gegliedert.

Pflichtfächer

§ 3. (1) Pflichtfächer des Kurzstudiums Klavierkammermusik sind:

1. das zentrale künstlerische Fach Klavierkammermusik;
2. die sonstigen Pflichtfächer:
 - a) Theorie der Musik;
 - b) Geschichte der Musik;
 - c) Chor.

(2) Pflichtfächer des Kurzstudiums Klavier-Vokalbegleitung sind:

1. das zentrale künstlerische Fach Klavier-Vokalbegleitung;
2. die sonstigen Pflichtfächer:
 - a) Theorie der Musik;
 - b) Geschichte der Musik;
 - c) Gesang;
 - d) Chor.

Prüfungen

§ 4. (1) Voraussetzung für die Zulassung zum Kurzstudium Klavierkammermusik und zum Kurzstudium Klavier-Vokalbegleitung ist die erfolgreiche Ablegung einer Aufnahmeprüfung (§ 24 KHStG), die der Feststellung der Begabung für die zentralen künstlerischen Fächer und der physischen Eignung für das Studium zu dienen hat. Darüber hinaus sind Kenntnisse aus Allgemeiner Musiklehre sowie pianistische Vorkenntnisse nachzuweisen.

(2) Aus den sonstigen Pflichtfächern sind Vorprüfungen abzulegen.

(3) Das Kurzstudium Klavierkammermusik ist mit der Diplomprüfung aus dem zentralen künstlerischen Fach Klavierkammermusik, das Kurzstudium Klavier-Vokalbegleitung mit der Diplomprüfung aus dem zentralen künstlerischen Fach Klavier-Vokalbegleitung abzuschließen.

Berufsbezeichnung

§ 5. Die Absolventen des Kurzstudiums Klavierkammermusik sind berechtigt, die Berufsbezeichnung „Akademisch geprüfter Klavierkammermusiker“, die Absolventen des Kurzstudiums Klavier-Vokalbegleitung die Berufsbezeichnung „Akademisch geprüfter Klavier-Vokalbegleiter“ zu führen.

Busek

99. Kundmachung des Bundeskanzlers über die Aufhebung einer Wortfolge in § 22 Abs. 1 Z 1 lit. c des Einkommensteuergesetzes 1972 und einer Wortfolge in § 22 Z 1 lit. c des Einkommensteuergesetzes 1988 durch den Verfassungsgerichtshof

Gemäß Art. 140 Abs. 5 und 6 B-VG und gemäß §§ 64 Abs. 2 und 65 des Verfassungsgerichtshofgesetzes 1953, BGBl. Nr. 85, wird kundgemacht:

(1) Der Verfassungsgerichtshof hat mit Erkenntnis vom 4. Dezember 1991, G 260—267/91-6, dem Bundeskanzler zugestellt am 15. Jänner 1992, die Wortfolge „sowie aus der Tätigkeit als Berater in den gemäß Bundesgesetz BGBl. Nr. 80/1974 geförderten Familienberatungsstellen“ in § 22 Abs. 1 Z 1 lit. c des Einkommensteuergesetzes 1972, BGBl. Nr. 440, in der Fassung des Abgabenänderungsgesetzes 1984, BGBl. Nr. 531, sowie die Wortfolge „— der Tätigkeit als Berater in den gemäß dem Familienberatungsförderungsgesetz ge-

förderten Familienberatungsstellen“ in § 22 Z 1 lit. c des Einkommensteuergesetzes 1988, BGBl. Nr. 400, als verfassungswidrig aufgehoben.

(2) Die Aufhebung tritt mit Ablauf des 31. Dezember 1992 in Kraft.

(3) Frühere gesetzliche Bestimmungen treten nicht wieder in Kraft.

Vranitzky



BUNDESGESETZBLATT

FÜR DIE REPUBLIK ÖSTERREICH

Der **Bezugspreis** des Bundesgesetzblattes für die Republik Österreich beträgt vorbehaltlich allfälliger Preiserhöhungen infolge unvorhergesehener Steigerung der Herstellungskosten bis zu einem Jahresumfang von 3000 Seiten S 1 226,— inklusive 10% Umsatzsteuer für Inlands- und S 1 326,— für Auslandsabonnements. Für den Fall, daß dieser Umfang überschritten wird, bleibt für den Mehrumfang eine entsprechende Neuberechnung vorbehalten. Der Bezugspreis kann auch in zwei gleichen Teilbeträgen zum 1. Jänner und 1. Juli entrichtet werden.

Einzelne Stücke des Bundesgesetzblattes sind erhältlich gegen Entrichtung des Verkaufspreises von S 1,90 inklusive 10% Umsatzsteuer für das Blatt = 2 Seiten, jedoch mindestens S 9,50 inklusive 10% Umsatzsteuer für das Stück, im Verlag der Österreichischen Staatsdruckerei, 1037 Wien, Rennweg 12 a, Tel. 797 89/295 oder 327 Durchwahl, sowie bei der Manz'schen Verlags- und Universitätsbuchhandlung, 1010 Wien, Kohlmarkt 16, Tel. 531 61.

Bezugsanmeldungen werden von der Abonnementstelle des Verlages der Österreichischen Staatsdruckerei, 1037 Wien, Rennweg 12 a, Tel. 797 89/294 Durchwahl, entgegengenommen.

Als Bezugsanmeldung gilt auch die Überweisung des Bezugspreises oder seines ersten Teilbetrages auf das Postscheckkonto Wien Nr. 7.272.800. Die Bezugsanmeldung gilt bis zu einem allfälligen schriftlichen Widerruf. Der Widerruf ist nur mit Wirkung für das Ende des Kalenderjahres möglich. Er muß, um wirksam zu sein, spätestens am 15. Dezember bei der Abonnementstelle des Verlages der Österreichischen Staatsdruckerei, 1037 Wien, Rennweg 12 a, einlangen.

Die **Zustellung** des Bundesgesetzblattes erfolgt erst nach Entrichtung des Bezugspreises. Die Bezieher werden, um keine Verzögerung in der Zustellung eintreten zu lassen, eingeladen, den Bezugspreis umgehend zu überweisen.

Ersätze für abgängige oder mangelhaft zugekommene Stücke des Bundesgesetzblattes sind binnen drei Monaten nach dem Erscheinen unmittelbar bei der Abonnementstelle des Verlages der Österreichischen Staatsdruckerei, 1037 Wien, Rennweg 12 a, Tel. 797 89/294 Durchwahl, anzufordern. Nach Ablauf dieses Zeitraumes werden Stücke des Bundesgesetzblattes ausnahmslos nur gegen Entrichtung des Verkaufspreises abgegeben.